

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 38/32. Fernruf 25231. Postfachkonto 1008 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Unterschiedsamt Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 38/32. Fernruf 25231. Postfachkonto 1008 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Unterschiedsamt Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagspreis 2. Reichsmark Nr. 6: 1000000000
120 mm hoch 11,5 mm breit. Nachdruck nach Artikel 2,
Hauptaussagen z. Verlagspreis 2. Reichsmark
Seite 6 1/2. Fernruf 30 1/2. — Nachdruck
nur mit Genehmigung des Verlegers. Nachdruck
Hauptstadt Dresden werden nicht aufbewahrt

Ein Heber aus Deutschland ausgewiesen

Berliner Havas-Beretreter verbreitet Greuelmärchen

Berlin, 15. November.

Der Berliner Berichterstatter der französischen Havas-Agentur verbreitete systematisch über die in Westdeutschland herrschende Maul- und Klauenseuche die unwahrsten Gerüchte und Kombinationen, die geeignet sind, das deutsch-französische Verhältnis zu gefährden. Er wurde deshalb von der Reichsregierung binnen drei Tagen aus Deutschland ausgewiesen.

Die amtliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Der Berliner Vertreter des Havas-Büros, Ravoux, der sich seit jeher durch eine besonders böswillige Berichterstattung über das nationalsozialistische Deutschland auszeichnete und demzufolge durch seine Nachrichtenpolitik wiederholt die größte Verwirrung in den publizistischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich anstiftete, hat eine Meldung über die im Westen Deutschlands verbreitete Maul- und Klauenseuche ausgeben. In dieser Meldung dreht er sich, die Seuche mit dem Vierjahresplan und seinen vermeintlichen Auswirkungen in Zusammenhang zu bringen. Er scheute auch nicht vor der Behauptung zurück, die deutsche Presse „müsse“ als Ablenkungsmanöver einen Feldzug führen, um zu erklären, daß die Seuche aus dem Auslande eingeschleppt sei!

Tabei steht fest, daß die Maul- und Klauenseuche, die im Mai dieses Jahres aus Afrika nach Frankreich eingeschleppt wurde, sich dort sehr rasch verbreitete und vom Elfaß aus nach Baden und der Pfalz über-

gegriffen hat. Auch die Behauptung des Berliner Berichterstatters der Havas-Agentur, daß die Seuche in Deutschland besonders schwer wüte, ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Wahr ist vielmehr, daß sie in Deutschland — im Gegensatz zu Frankreich — nicht bösartig auftritt und daß die Viehverluste sich dank der sofort ergriffenen Abwehrmaßnahmen in nächsten Grenzen halten.

Die Reichsregierung hat sich veranlaßt gesehen, den Berliner Vertreter des Havas-Büros aus dem Reichsgebiet auszuweisen. Ravoux hat das Gebiet des Deutschen Reichs innerhalb von drei Tagen zu verlassen.

Von hier aus wird die Seuche übertragen

Paris, 15. November.

Der Präsident des Departements Eure-et-Loire hat beschließen, den jährlichen Viehmarkt von Chartres, der am 20. November beginnen sollte, in Anbetracht der im Departement und in der ganzen Normandie herrschenden Maul- und Klauenseuche zu verbieten. Dafür wurde eine nur aus Weisagen und Pferden beschränkte Ausstellung angelassen.

Staatsstreich in Polen?

England und Frankreich rechnen sich mit Vorliebe zu den großen „Demokratien“. Beide haben in den letzten Tagen bemerkenswerte Proben ihrer „demokratischen Freiheit“ gegeben. In London bereitete man den Besuch vor, den Lord Halifax in Berlin dem Führer und Reichkanzler abstatten will. Ministerpräsident Chamberlain betonte in zwei großen Reden nicht nur die Bereitschaft der britischen Regierung, in sachliche Erörterungen mit Deutschland einzutreten, sondern wandte sich in diesem Zusammenhang auch deutlich gegen alle Verächtlichungen und Gerüchtemachereien. Wie wenig die ohne allen Zweifel ehrlich gemeinten Mahnworte Chamberlains jedoch im eigenen Lande beachtet worden sind, beweisen die haltlosen Deutungen und unerhörten Verdrehungen, die ein großer Teil der englischen Presse an die Ankündigung des Halifax-Besuches geknüpft hat, und die in ihrer Tendenz so bedenklich waren, daß dadurch der verheißungsvolle Kontakt einer sich anbahnenden deutsch-englischen Aussprache sogar in Frage gestellt wurde. Dem ganz entsprechend ist das Beispiel, das sich zu eben derselben Zeit in der anderen „Demokratie“, in Frankreich, bot. Hier hatte Außenminister Delbos eine ausgedehnte diplomatische Reise nach dem europäischen Südosten angekündigt, die insbesondere dazu dienen soll, die sich immer mehr lockenden französischen Bündnisse dieses Raumes neu zu festigen oder doch wenigstens demonstrativ zu unterstreichen. Als Höhepunkt der Tournee des französischen Außenministers war und ist ein Besuch in Warschau gedacht. Was aber tut die Pariser Presse? Kaum vierundzwanzig Stunden, nachdem die Reisepläne Delbos' bekanntgegeben sind, verfaßt sie in eine wüste Hege gegen den polnischen „Bundesgenossen“. Man bekräftigt die außenpolitische Lage, zeigt mit dem Finger auf ihre wunden Stellen, malt angeblich Polen drohende Gefahren aus und trübt das Fernbild schließlich dadurch, daß man an Hand „untrüglicher Zeichen“ heil und fest behauptet, auch im Innern des Landes sei die Lage höchst unsicher, ja, ein Staatsstreich stehe unmittelbar bevor. Dabei gehören die Zeitungen, die solche gewagte Behauptungen aufstellen — es sind vor allem „Humanité“, „Populaire“, „Ceuvre“ und „Echo de Paris“ —, durchaus nicht etwa zur Opposition, sondern — wie ihre Namen beweisen — zur Volksfront, also zur regierungsbildenden Koalition, die nach dem Geheiß der Demokratie doch eigentlich voll und ganz hinter den von ihr auswählten Volksvertretern stehen mußte.

Man fragt sich also, was der Zweck dieses Pressefeldzugs sein könnte, und ist zunächst geneigt anzunehmen, daß er ein äußerst drastisches und wenig vornehmeres Mittel darstellt, den Polen die unbedingte Notwendigkeit des französischen Bündnisses vor Augen zu halten. Aber sehr bald wird man von Warschau, dessen amtliche Stellen den Gerüchten und ihrer Herkunft nachgegangen sind, eines anderen Besicht. Wie nämlich der Vertreter der Polnischen Telegraphenagentur in London, wo einige Zeitungen die französischen Geheimnachrichten nachgedruckt hatten, in Erfahrung bringen konnte, ist der ganze ungewöhnlich-gewöhnliche Feldzug von Moskau aus befohlen worden. Die Absicht ist klar: indem die bolschewistische Journaille nach dem Rezept durchtriebener Wörtelöbder die Lage Polens schwarz in schwarz malt, glaubt sie den Bündniswert der polnischen Aktien im Laufe der Jahre fallen lassen zu können, um gleichzeitig den Besitz sowjetrussischer Papiere um so begehrenswerter zu machen. Moskau hat solche Spekulationen allerdings dringend nötig. Denn sein Außenminister Litwinow-Finkelstein hat nicht nur bei der Fernostkonferenz in Brüssel eine schmerzliche Pleite erlebt, sondern auch auf die Einladung, die er seinem französischen Kollegen zu einem Besuch in der sowjetrussischen Metropole überreichte, eine Abgabe erhalten. Der Mut der Verzweiflung ist es also, der ihm die Feder führte. Und da er trotz angelegener Schreibarbeit die linke Hand frei behielt, um auf ihr eine genügende Anzahl Rubel zu präsentieren, fand er für seine journalistischen Bemühungen bei gewissen französischen Blättern willige Abnehmer.

Nun ist die Lage der polnischen Außen-, wie Innenpolitik allerdings eine Frage, die nicht nur die Beobachter von außen, sondern mehr noch und mit weit größerer Berechtigung die politischen Köpfe Polens selbst beschäftigt. Man

Keine Einigkeit über Brüsseler Entschließungsentwurf

Ablehnung Italiens - Stimmenthaltung der skandinavischen Staaten - Vertagung

Brüssel, 15. November.

Die Skandinavien-Konferenz hat am Montagmorgen die Beratungen über eine gemeinsame Erklärung beendet. Bei der Abstimmung ergab sich keine Einmütigkeit, da Italien trotz der verschiedenen Abänderungen des ursprünglichen Textes gegen die Erklärung stimmte. Schweden, Norwegen und Dänemark erklärten ihre Stimmenthaltung, da ihre Interessen in Ostafrika nicht bedeutend genug seien. Die Erklärung beruht somit nicht auf einem Beschluß der Reunions-Konferenz, sondern gibt lediglich die Auffassung gewisser dort vertretenen Mächte wieder.

Die Stimmenthaltung der skandinavischen Staaten ist besonders bemerkenswert, weil der sinesische Delegierte Wellington Koo in Begleitung des Generalsekretärs der englischen Delegation Cadogan noch am Vormittag die Vertreter der drei Staaten aufgesucht hatte, um sie im Sinne der Entschließung zu beeinflussen.

Die Ablehnung der englisch-französisch-amerikanischen Erklärung durch den Vertreter Italiens hat die Konferenz dabei in beträchtliche Verlegenheit gesetzt. Verschiedene Delegationen ließen nach der Sitzung der Presse erklären, der Entwurf sei gegen die Stimme Italiens und mit der Stimmenthaltung der drei skandinavischen Staaten „angenommen“ worden. Tatsächlich konnte eine „Annahme“ aber nur „einmütig“ erfolgen, und die Konferenz selbst hat durch ihre Haltung bewiesen, daß sie diese Erklärung nicht als einen Beschluß betrachtet, indem sie davon ab sah, den Text nach Tokio zu übermitteln oder auch nur dem japanischen Vorkonferenz in Brüssel mitzuteilen.

Im einzelnen wird über den Verlauf der Sitzung noch bekannt, daß der italienische Vertreter, Graf Aldrovandi Marzocotti, gegen den Entschließungsentwurf scharf Stellung genommen hat. Italien betrachtete eine solche Entschließung als eine offene Tür nicht zur Regelung des Konfliktes, sondern vielmehr zu den bedenklichsten Verwicklungen. Es denke daher nicht daran, die Verantwortung, die sich hieraus ergeben könnte, auf sich zu nehmen. Italien erklärte ausdrücklich seine Ablehnung, wobei es sich jedoch keine Haltung für die spätere Entwicklung des Streitiges vorbehalte.

Eine kurze Aussprache ergab, daß es unter diesen Umständen unmöglich war, mit dem Entwurf auf irgendeinem Wege an die japanische Regierung heranzutreten. Der Präsident schlug dann die Vertagung der Konferenz vor und erklärte, daß als letzter Punkt nur noch die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen sei. Diese Angelegenheit begegnete einem peinlichen Schweigen. Späat erklärte schließlich, er lege dieses Schweigen dahin aus, daß die Konferenzteilnehmer im Sinne des letzten Absatzes der „erörterten Erklärung“ prüfen wollten, welches ihre gemeinsame Haltung zu sein scheine. Dem wurde wiederum schweigend zugestimmt.

Companys in Brüssel eingetroffen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. November.

Der Vorsitzende der katalanischen „Generalitat“, der spanische Säppling Companys, dessen fluchtartige Flucht von Barcelona nach Paris bereits gemeldet wurde, ist jetzt in Brüssel eingetroffen, wo seine Ankunft ziemlich heftige Aufsehen erregte. Wie es heißt, hat er die Absicht, die hier zur Fernostkonferenz anwesenden Vertreter der Westmächte für eine Vermittlung im Spanienkrieg zu gewinnen.

Die spanische Vertretung erklärt zwar, daß es sich um eine rein private Reise handle, da Companys seinen in einem Brüsseler Sanatorium befindlichen Sohn besuchen wolle. Da er aber ausgerechnet in dem Hotel abgestiegen ist, in dem die wichtigsten Delegationen der Fernostkonferenz, vor allem die Vertreter Englands und Frankreichs, wohnen, wird vielfach davon gesprochen, daß Companys während seines Brüsseler Aufenthaltes bei diesen Delegationen verhandeln werde, Stimmungen für eine Vermittlung zwischen Spanien und General Franco und für die Herbeiführung eines Waffenstillstandes zu machen. Dabei wird daran erinnert, daß Moskau den Spaniern erst dieser Tage erklärte, es werde niemals seine Zustimmung zu einer solchen Vermittlungsgang geben.

Halifax' Berliner Reise schon am Dienstag

London, 15. November.

Wie verlautet, wird Lord Halifax schon am Dienstagmittag um 2 Uhr London verlassen, um sich nach Berlin zu begeben.

Die Tatsache des nunmehr feststehenden Besuches von Lord Halifax in Berlin hebt für die Londoner Presse im Vordergrund des Interesses. Einige der Blätter bringen zu den reinen Tatsachenberichten noch eigene Stellungnahmen. „Evening News“ schreibt, die offizielle Ankündigung der Berliner Reise von Lord Halifax sei zu begrüßen, weil ein persönlicher Kontakt zwischen Staatsmännern eine wertvolle Hilfe für die internationale Verständigung bedeute. Es sei keine Rede davon, daß Lord Halifax etwa nach Berlin reisen solle, um mit Adolf Hitler ein „Gegenseitigkeitsabkommen“ abzuschließen zu suchen. Vielmehr sei eine ruhige, inoffizielle

und länder Aussprache zwischen zwei freundschaftlichen, vernünftigen Staatsmännern zu erwarten.

Eben leicht erkrankt

London, 15. November.

Der englische Außenminister Eden, der gestern aus Brüssel nach London zurückkehrte, war infolge einer Erkrankung gezwungen, am Montag das Bett zu hüten. Er hofft jedoch, in wenigen Tagen wiederhergestellt zu sein.

Delbos bei König Boris von Bulgarien

Paris, 15. November.

Der König von Bulgarien hat am Montag den französischen Außenminister Delbos und den Generalsekretär am Quai d'Orsay, Veger, empfangen.

Heute:
Literarische Umschau
Seite 8